

Verantwortliche
Redakteure.
Für den politischen Theil:
G. Focke,
Für den literarischen und Vermischten:
J. Steinbach,
Für den übrigen redakt. Theil:
J. Hachfeld,
Hauptred. in Posen.
Verantwortlich für den
Anzeigenthail:
J. Klugkist in Posen.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Achtundneunzigster

Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition der
Zeitung, Wilhelmstraße 17,
Gul. Ad. Schell, Hoflieferant,
Gr. Gerber- u. Breiterstr. 10,
Odo Bickel, in Firma
J. Neumann, Wilhelmstraße 8,
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Hofe, Haacke & Fögel u. G.,
G. J. Paube & Co., Invalidenth.

Ar. 313

Freitag, 8. Mai.

1891

Deutscher Reichstag.

116. Sitzung vom 6. Mai, 11 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Das Gesetz betr. das Reichsschuldbuch wird in dritter
Lesung endgültig angenommen.

Darauf wird die dritte Berathung der Gewerbenovelle
(Spezialdiskussion) fortgesetzt mit § 120d (Beschwerderecht gegen die
Entscheidungen der Polizeibehörden). Dieser wird mit einem
Kompromißantrage Dr. Gutfleisch und Genossen (Aus-
dehnung der Beschwerdefrist von 2 auf 4 Wochen und Beschwerde-
recht des Vorstandes der zuständigen Berufsgenossenschaft) nach
einer Befürwortung durch den Abg. Möller (wiltb.) an-
genommen, ebenso nach kurzer Diskussion § 120e (Verordnungen
des Bundesraths über Dauer der Arbeitszeit in gewissen Gewerben)
mit einem Kompromißantrage Dr. Hartmann und
Genossen (Vorchriften des Bundesraths auch über Beginn und
Ende der Arbeitszeit) und die §§ 121-124a (Arbeitsverhältnis der
Gesellen und Gehilfen) § 124b (Entschädigungspflicht der Kontrakt-
hülftigen Gesellen und Gehilfen bis zu einem Wochenlohn ohne
Nachweis eines Schadens seitens des Unternehmers) wird unter
Ablehnung eines Streichungsantrages Auer und Genossen ohne
Diskussion angenommen, ebenso die §§ 125-134a (Verhältnis-
verhältnisse; Verhältnisse der Betriebsbeamten, Werkmeister und
Techniker, Arbeitsordnungen in Fabriken).

Zu § 134b (Strafbestimmungen) will ein Kompromißan-
trag Dr. Gutfleisch und Genossen Geldstrafen bis zum Be-
trag des durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienstes statt des ordnungs-
mäßigen Tageslohnes zulassen und sieht für eine Reihe von Verstößen,
namentlich zur Aufrechterhaltung der Ordnung des Betriebes eine
Verdoppelung dieser Strafe vor.

Abg. Möller (wiltb.) erklärt sich gegen den Antrag, welcher
eine zu große Härte gegen die Arbeiter enthalte. Diese Bestim-
mungen würden es ihm schwer machen, für das Gesetz zu stimmen.

Abg. Debel (Soz.) sieht ebenfalls in diesem Antrag eine er-
hebliche Verschlechterung des Gesetzes. Die Arbeiter würden durch
ihn auf Gnade oder Ungnade dem Unternehmer überliefert, da er
jeden Tag eine solche Strafe über sie verhängen könne unter dem
Vorwande der Aufrechterhaltung des Betriebes.

Abg. Hise (Ztr.) tritt dagegen für den Antrag ein, welcher
ein wirklicher Kompromißantrag sei und die Annahme des ganzen
§ 134b ermöglichte wolle.

Handelsminister Frhr. v. Berlepsch hält die Regierungs-
vorlage für zweckmäßiger als den Antrag, will aber diesem keinen
Widerstand entgegenstellen. Strenge Strafbestimmungen sind noth-
wendig. Ich möchte an dieser Stelle gleich mein Bedauern über
die Ablehnung des § 153, der Bestrafung der Aufforderung zum
Kontraktbruch, aussprechen. Dieses Bedauern ist verstärkt worden
durch die Erscheinungen der neuesten Strikes der Vergleute, welche
wieder beweisen, daß die deutsche Arbeiterschaft zum Kontraktbruch
neigt. Wieder sind die Vergleute ohne jeden Grund kontrakt-
brüchig geworden und ist ein Zwang ausgeübt worden. Es haben
im Bundesrathe Erwägungen stattgefunden, ob unter solchen
Umständen das Gesetz noch annehmbar ist. Anträge
auf Ablehnung des Gesetzes ohne den § 153 sind von verschiedenen
Seiten in der Presse und in Petitionen an ihn gekommen. Die
verbündeten Regierungen aber leisten dieser Aufforderung nicht
Folge, sie erklären das Gesetz auch ohne den § 153 doch nicht für
unannehmbar, weil sie es für ein Unrecht halten, die Wohlthaten
dieses Gesetzes dem großen Theile der Arbeiterschaft vorzuenthalten,
welcher sich Verstöße gegen § 153 Gott sei Dank nicht zu Schulden
kommen läßt. Wenn der Reichstag den § 153 ablehnt, wird er
doch später um des allgemeinen Wohles willen wieder vor dieselbe
Frage gestellt werden müssen. (Beifall rechts.)

Abg. Singer (Soz.) erwidert, die Ausführungen des Mini-
sters seien vom Polizeigeist geradezu durchtränkt. § 153 würde

nicht die Strikes verhüten, sondern im Gegentheil die wüthendsten
Klassenkämpfe hervorgerufen haben. Den letzten Strike hätte der
Minister besser gethan, nicht zu erwähnen. Es sei höchst wahr-
scheinlich, daß der Strike von den Kohlenpekulanten ins Leben ge-
rufen und mit großen Geldmitteln fortzuführen versucht sei. Die
Akten über die Entstehung dieses Strikes seien noch nicht geschlossen.
Redner wendet sich entschieden gegen den Antrag, von dessen Unge-
rechtheit auch Abg. Hise innerlich überzeugt sei. Dieser Kom-
promißantrag sei nichts weiter als die Unterwerfung unter den
Willen des regierenden Herrn von Kautskirchen, um die Ablehnung
des Gesetzes durch den Abg. v. Stumm zu verhüten. Der Reichstag
krieche vor dem Abg. v. Stumm einfach ins Knie. (Wit-
zepräsident Dr. Baumbach ruft den Redner wegen dieser Neu-
erung zur Ordnung.) Der Antrag sei geradezu arbeitserfindlich,
er wolle durch Vernichtung des Selbstbestimmungsrechtes der
Arbeiter die Ruhe des Reichshofes herbeiführen. Diesen Zweck werde
er aber nicht erreichen.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.) protestirt gegen die Behauptung
des Vorredners, daß der letzte Vergarbeiterstrike von den Arbeit-
gebern oder Kohlenpekulanten inszenirt sei. Redner erklärt den
Kompromißantrag für durchaus nothwendig, ebenso wie den § 153.
Deshalb begrüßt er es mit Freuden, daß die Regierung später doch
noch einmal eine Vorlage betr. Bestrafung der Aufforderung des
Kontraktbruchs einbringen werde.

Abg. Dr. Hirsch (lf.) bedauert und weist mit Entschiedenheit
die Behauptung zurück, daß die deutsche Arbeiterschaft zum Kontrakt-
bruch neige. Was wollen die 20 000 bis 30 000 Vergleute gegen-
über den 11 Millionen Arbeitern sagen? Dieser bedauerliche Vor-
gang dürfte aber keine Veranlassung geben zu einer anderen
Stellung zur Gewerbenovelle als bisher. Auch die Arbeitgeber
und ihre Beamten tragen an diesem letzten Strike einen großen
Theil der Schuld. Redner spricht sein Bedauern aus über die
Einbringung des Kompromißantrages noch in dritter Lesung. Das
Strafmaß sei viel zu hoch und die Bedingungen für das Eintreten
der doppelten Strafe durchaus nicht klar und sachlich dargelegt. Er
und ein großer Theil seiner Freunde werde diesen unangebrachten
Antrag ablehnen.

Abg. Möller (nl.) erklärt den Antrag für die Aufrecht-
erhaltung der Disziplin für unumgänglich nothwendig. Gegen
viele Arbeitsordnungen sei der Antrag sogar noch eine Abschwächung.
Redner weist darauf hin, daß Abg. Singer nach Beendigung des
Strikes das Feuer durch agitatorische Reden schüre. (Abg.
Singer: Wir sind ja provoziert worden.) Seine Rede sei eine
wahre Brandrede gewesen. (Witzepräsident Dr. Baumbach ruft
diesen Ausbruch.)

Abg. Hise sucht nochmals den Kompromißantrag zu recht-
fertigen. Wenn er sicher wäre, daß § 134b nach den Beschlüssen
zweiter Lesung auch in dritter Lesung Annahme finden würde, würde
er gerne für diese eintreten, aber der Ausfall der Abstimmung der
Sozialdemokraten sei ja durchaus unsicher.

Abg. Debel erwidert dem Abg. Möller, daß seine Partei bis
zum letzten Augenblicke vor dem Strike gewarnt habe. Da aber
diese Warnung nichts genützt habe, sei allerdings die Vermuthung
hervorgehoben worden, daß andere Mächte, die ein Interesse an dem
Streik hätten, dabei ihre Hände im Spiel gehabt haben. Und Ver-
richte aus den Streikgegenden hätten das überaus wahrscheinlich
gemacht. Noch in den letzten Tagen habe auf der Eisenbahnfahrt
von Köln nach Berlin ein großer Vergewerksbesitzer einem Mitreisenden
gegenüber geäußert: es ist schade, daß die Sache so rasch zu
Falle kommt; wir dachten, daß jetzt die Zeit gekommen, die Kerle
unter die Füße treten zu können. (Hört! hört! bei den Sozial-
demokraten.) Es sei also ganz klar, daß die Vergewerksbesitzer nur
die günstige Konjunktur hätten ausnützen wollen. Die Regierung
habe keinen Grund gehabt, heute die Sache zur Sprache zu bringen.
Abg. Möller hätte sich nicht gegen den Abg. Singer, sondern gegen
die Rede des Ministers wenden sollen, die, wenn sie in den Kohlen-
gegenden bekannt werde, alles Andere, nur nichts Gutes stiften

könne. (Sehr wahr!) Der Minister habe um so weniger Veran-
lassung gehabt, die Ablehnung des § 153 zu bedauern, als die Re-
gierung dem letzten Kontraktbruch der Vergleute gegenüber ihre
volle Schuldigkeit gethan habe. Die Führer der Vergleute, die
auch nur den leinsten Schein einer Aufforderung zum Kontrakt-
bruch auf sich geladen hätten, seien ins Gefängniß gesteckt worden.

Minister Frhr. v. Berlepsch: Den Behörden ist nicht das
mindeste Angelegen zur Kenntniß gekommen, daß der Strike von
den Industriellen provoziert ist. Wäre das der Fall, so wäre das
aufs Schärfste zu verurtheilen und ich wäre der Erste, der dem
auf das Rücksichtsloseste entgegenzutreten würde. (Bravo!) Ich
gebe zu, daß die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion aus
innerlicher Ueberzeugung heraus davor gewarnt haben, zur Zeit in
einen Strike einzutreten, weil er bei der ungenügenden Organisat-
tion der Vergarbeiter nicht zu einem Mißerfolg führen
müsse. Anders aber haben sich die sozialdemokratischen Führer an
Ort und Stelle verhalten. Auch sie haben zwar gewarnt, aber in
einer so merkwürdigen Weise, daß man zu der Ueberzeugung
kommen mußte, daß sie es nicht so meinten. Das „Extrablatt“,
das sozialdemokratische Organ der Vergarbeiter, brachte an dem-
selben Tage, an welchem es vor dem Strike warnte, die falsche
Mittheilung, daß allenthalben im Auslande, in Belgien, Amerika,
Österreich, Frankreich, England, Vergarbeiterstrikes ausgebrochen
seien und allgemein würden. Wie das zur Verhütung des Strikes
dienen soll, verstehe ich nicht.

Abg. Auer (Soz.): Der Handelsminister kann nicht bestreiten,
daß wir aus innerster Ueberzeugung die Vergleute gewarnt haben,
zur Zeit in den Strike nicht einzutreten. Hätten wir die Verg-
leute zu einem Abschwoören des Strikes für alle Zeiten überreden
sollen? Da wäre es doch besser, ihnen einfach ihr Koalitionsrecht
ganz zu nehmen. Wir waren allgemein überzeugt, daß die Verg-
leute nichts Ungeschickteres und Thörichteres thun konnten, als die
Arbeit niederzuliegen. Jetzt müssen die Vergleute es schwer bißen,
daß sie dem Rathe ihrer wahren Freunde nicht gefolgt sind; jetzt
beuten die Unternehmer ihren Fehler in der rücksichtslosesten Weise
aus. Der Minister thut Unrecht, uns für alle Neuerungen ver-
antwortlich zu machen, die aus Vergarbeiterkreisen in Bezug auf
den Ausbruch des Strikes gemacht sind. Das sind nicht alles
Sozialdemokraten. Sonst wären sie uns gefolgt; so groß ist unsere
Parteidisziplin. Die Angaben des „Extrablattes“ über die Strikes
im Auslande waren allerdings nicht richtig, aber sie stützten sich
auf die Nachrichten des offiziellen Wolffschen Bureaus. (Hört!
hört!)

Darauf wird § 134b mit dem Kompromißantrage
Dr. Gutfleisch und Genossen angenommen, ebenso nach
unerbittlicher Debatte die §§ 134c-155 (Arbeitsordnung, Arbeiter-
ausschüsse, Kinder- und Frauenarbeit, Fabrikarbeitszeit, statutarische
Bestimmungen, Strafbestimmungen, Ausdehnung der Bestimmungen
über Frauen- und Kinderarbeit auf nicht fabrikmäßige Betriebe)
mit unwesentlichen Abänderungsanträgen Dr. Gutfleisch und Gen.
Artikel 7, welcher den Zeitpunkt des In-
krafttretens des Gesetzes auf den 1. Januar 1892, die Bestim-
mungen über die Kinderarbeit auf den 1. April 1892 festsetzt
und für die Nachtarbeit der Arbeiterinnen die Zulassung von Ueber-
gangsbestimmungen bis zum 1. Januar 1894 durch die Landes-
Zentralbehörden vorsieht, wird mit einem Kompromißantrage
Dr. Gutfleisch und Gen., das Gesetz mit dem 1. April 1892,
die Bestimmungen über Kinderarbeit mit dem 1. April 1894 in
Kraft treten zu lassen, nach zustimmenden Erklärungen von Mit-
gliedern aller Parteien angenommen.

Damit ist die dritte Berathung der einzelnen Paragraphen der
Gewerbenovelle erledigt.

Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr (Gesamtstimm-
ung über die Gewerbenovelle; Antislavereikonvention; Zucker-
steuergesetz).

Schluß 3 1/2 Uhr.

Das Weimarer Hoftheater.

Ein Festblatt zur Feier seines hundertjährigen Bestehens.

(7. Mai 1891.)

Von Conrad Alberti.

(Nachdruck verboten.)

Es ist bekanntlich ein alter Streit, ob es für das geistige
Leben eines Volkes vortheilhafter ist, daß alle künstlerischen
Bestrebungen an einem Orte zusammenströmen, oder sich über
viele kleine Sammelpunkte vertheilen. Wie die Kulturgeschichte
Frankreichs und Deutschlands zeigt, haben beide Entwickelungs-
gänge ihre Vortheile und Nachtheile. Die französische Zen-
tralisation verödet die Provinz zum Vortheil der einen Haupt-
stadt, die deutsche Dezentralisation läßt dem Lande seinen
Antheil an dem geistigen Leben des Ganzen, aber indem sie
den beständigen Wettbewerb der einzelnen Künstler mildert,
verleitet sie dieselben bequem auf einer einmal erreichten Stufe
stehen zu bleiben und verhindert eine beständige Fortentwick-
lung. Die Zentralisation schadet dem Lande, die Dezentrali-
sation der Kunst. Inbezug, wie dem auch sei: kein Land kann
sich seine Zustände wählen, sein geistiges Leben entwickelt sich
gemäß den natürlichen und politischen Bedingungen und muß
aus ihnen beurtheilt werden. Deutschland hatte von Anfang
an seine zahlreichen Volksstämme und Kleinstaaten, und jedem
derselben fällt sein gebührender Antheil an der Entwicklung
der deutschen Kunst und Literatur zu. Unter allen Staaten
nimmt Weimar eine der allerersten Stellen ein und in Wei-
mar war gerade in der glänzendsten Periode der deutschen
Poesie das Hoftheater einer der wichtigsten und einfluß-
reichsten Faktoren. Wenn man den Ruhm bedenkt, den es

noch heut bei uns wie im Ausland genießt, so glaubt man
kaum, daß es erst jetzt, wo sein eigentlicher Glanz schon längst
hinter ihm liegt, hundert Jahre alt wird. Aber es betrat
eben unter den günstigsten Sternen die Welt, durch seine
Gründung selbst stand es auf der Höhe seiner Zeit und er-
langte einen Ruf, von dem es noch heut zehrt, ja seine
Gründung selbst war ein geistiges Ereigniß allererster Art.

Weimar besaß noch kein ständiges Theater, als die Kunst
Schiller's und Goethe's schon ihren höchsten Gipfelpunkt
erreicht hatte und ihre dramatischen Meisterwerke die ganze
Welt begeisterten und erschütterten. Diese Thatsache gehört
auch zu jenen Unglaublichkeiten, an denen die deutsche Kultur-
geschichte so reich ist, sie beweist zugleich, mit wie geringen
äußeren Mitteln in der Welt das Höchste geleistet werden
kann. 1774 hatte die Seyler'sche Gesellschaft in Weimar ge-
spielt, dann behalf man sich gar mit Dilettantenvorstellungen,
bis durch sieben Jahre Bellomo (1784-1791) mit seiner
Truppe dort verweilte. Nach seinem Weggange sah man all-
gemein ein, daß solche Zustände nicht vereinbar waren mit den
Zielen, denen der Hof zustrebte: Weimar zum Centralpunkt
des literarischen Lebens in Deutschland zu machen. Die
Gründung eines Hoftheaters ward beschlossen, Goethe natür-
lich an die Spitze gestellt, und am 7. Mai fand die Eröff-
nungsvorstellung statt.

Allein man denke auch hier nicht etwa an ein glänzendes,
reich dotirtes Hoftheater im modernen Sinne. Weimar war
eine kleine Stadt von sechstausend Einwohnern, mit einem
verschwindend kleinen Publikum, Karl August, mehr Mäcen
als Cressus, und nur im Stände, jährlich wenige tausend

Thaler für das Theater aufzuwenden. Man mußte sich soviel
als möglich einschränken, und sich möglichst eng an die
Geschäftspraxis des abgegangenen Bellomo anschließen. Man
stellte einen Theil seines Personals an, für den Herkulesstheil
der Einnahmen mußte natürlich die Oper sorgen, und das
jährlich drohende Defizit konnte nur durch Sommervor-
stellungen in Bad Lauchstädt und Absteher und Gastspiele in
den nächsten Städten, wie Naumburg, Leipzig, Halle, be-
schworen werden. Wenn man das berücksichtigt, so kann man
Goethe's Theaterleitung von rein geschäftlichem Standpunkte
aus nur das höchste Lob ertheilen. Dazu kam noch eins:
man spricht zwar häufig von Weimar als von „Athen“,
allein man stelle sich unter den guten Bewohnern der freund-
lichen Landstadt nicht etwa lauter Perikles vor. Die Wahr-
heit ist, daß Goethe und Schiller bei Lebzeiten vor dem Wei-
marer Publikum keine sonderliche Gnade fanden, weder als
Menschen, noch als Dichter, und daß ganz Weimar, auf die
bekannte Scherzfrage, wer von jenen beiden der größere sei,
in Uebereinstimmung mit der Mehrheit des damaligen
Publikums zu antworten geneigt war: Kokebue. Der war
damals der Held des Tages, bei seinen Stücken ruinierte man
die Taschentücher oder krümmte sich vor Lachen, wie ja
auch heut in Deutschland manche Mittelmäßigkeit, deren
Name hier schonend verschwiegen sei, das wahre literarische
Verdienst an Ruhm, Beliebtheit und Einnahmen tausendfach
übertrifft.

So darf man sich denn nicht wundern, daß während
Goethe's Theaterleitung, also von 1791-1817, unter den
sechshundert aufgeführten Stücken Kokebue mit siebenundachtzig

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

83. Sitzung vom 6. Mai, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die Beratung des Kultusetats wird bei dem Titel „Ministergehalt“ fortgesetzt.

Abg. Johansen (Däne) erkennt die Nothwendigkeit der gesetzlichen Regelung des Volksschulwesens an. Der jetzige Minister scheine ein warmes Herz dafür zu haben. Der polnische Sprachen-erlass des Ministers habe ein gewisses Aufsehen erregt, ja er sei sogar im tiefen Sachsenwalde nicht unbemerkt geblieben. Um dieselbe Zeit seien Nachrichten gekommen, daß auch für den dänisch redenden Theil Preussens eine ähnliche Verfügung erlassen worden sei. Es sei auch unerhört in einem zivilisirten Staate, daß, wie es bis jetzt geblieben sei, den Lehrern der Privatunterricht in der allgemeinen Volkssprache der betreffenden Gegend verboten worden sei. In Nordschleswig hätten sich die meisten Geistlichen mit Ausnahme von 4 bis 5 für die Wiederaufnahme der dänischen Sprache ausgesprochen, ja eine Anzahl Geistlicher wolle sogar die Schulaufsicht niederlegen, wenn es bei dem bisherigen Zustande bliebe. Auch die Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit sei mit der Sprachverordnung höchst unzufrieden. Dem jetzigen Kultusminister sei ein guter Ruf vorausgegangen, und er hoffe von seinem Gerechtigkeitsgefühl eine bessere Behandlung seiner Landsleute.

Abg. Vohren (frk.) begrüßt die Erklärung des Ministers, daß vorsichtig mit der Schulreform vorgegangen werden solle; eine gedeihliche Reform an Haupt und Gliedern sei aber nur möglich durch Hebung des Lehrstandes. In dem Volksschulentwurf sei dagegen nichts enthalten, auch die Schaffung einer neuen Rathsstelle im Ministerium werde nicht viel helfen. Die Aufgabe, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, könnten nur die Volksschullehrer lösen; das bisher erschienene Ergänzungsheft zum Seminarlehbuch sei zwar zu begrüßen, aber es komme auf eine richtige Handhabung dieser Anleitung an. Die neue Methode hätte wohl das Erlernen des Lesens und Schreibens befördert, die Ausbildung in vaterländischem und religiösem Sinne aber vernachlässigt. Hier müsse Wandel geschaffen werden. Die Nachrichten von Amtsentsetzungen der Lehrer häuften sich. Das könne nicht Wunder nehmen, wenn man sehe, wie manche Lehrer der Sozialdemokratie oder dem Satze huldigten: Religion ist Privatsache. In den großen Städten seien die Schulen in Gefahr, zu sozialistischen Vorschulen herabzusinken. Die ungeeigneten Elemente müßten bereits aus den Seminaren entfernt werden. Der Lehrer dürfe nicht bloß ein Schulmeister, sondern ein Priester sein, ein Hohenpriester an den alten deutschen Hausaltären, (Beifall rechts), wie es vor 40 Jahren der Fall gewesen sei. Der Lehrerstand müsse zeitgemäß reorganisiert, materiell und geistig gehoben werden. Der Volksschullehrer müsse wie jeder andere Beamte in die höchsten Stellen des Staates aufsteigen können, vor Allem müsse ihm die Möglichkeit gegeben werden, Schullektor zu werden. Dann werde nicht mehr wie jetzt ein Lehrermangel herrschen.

Kultusminister Graf Zedlitz-Trützschler erklärt dem Abg. Johansen gegenüber, daß für die nordschleswigschen Distrikte die Verordnung von 1888 in Geltung sei, welche erlassen worden sei unter Mitwirkung des Oberpräsidenten mit den Lokalbehörden. Der Religionsunterricht könne nach dieser Verordnung in dänischer Sprache erteilt werden. Es werde des Ministers Bestreben sein, die Verordnungen des Kaisers über die Schule auch inhaltlich zu befolgen. Der Minister weist den Vorwurf, der in den Ausführungen des Abg. Vohren liege, zurück, daß der Minister von Gorkler nicht seine Schuldigkeit gethan habe. Sein Amtsvorgänger habe es an der angestrengtesten, eifrigsten und pflichtgemäßesten Fürsorge für das Seminarwesen und das Volksschulwesen nicht fehlen lassen. (Beifall rechts). Der Lehrer sei ein Produkt der Zeit ebenso wie wir alle. Aber eben darum sei ein bitterer und ungerechter Vorwurf, wenn man einem Stande, der in einer der schwersten Aufgaben unserer Zeit steht, in besonderem Maße eine Verhöhnung an Mißständen zuweise, die uns in erschreckender Weise entgegentreten. Ausschreitungen, vereinzelte Mißstände darf man nicht mit dem ganzen Stande identifizieren. Die Mißstände im Seminarwesen werde ich selber wie mein Vorgänger zu bessern bestrebt sein. Aber bedenken mögen wir dabei, daß alle menschliche Kraft und menschlichen Formen nur eine beschränkte Wirksamkeit ausüben können, daß es auf den Geist ankommt, der die Thätigkeit erfüllt. Die Behauptung, daß die Pflege des vaterländischen und religiösen Sinns zurückgegangen sei, halte ich nach meiner Erfahrung nicht für richtig (sehr richtig! links). Die Schulen stehen heute in jeder Beziehung höher als vor 30 Jahren. (Sehr richtig! links). Es ist bedenklich, aus Erscheinungen, die uns nicht gefallen, generell Rückschlüsse auf den allgemeinen Standpunkt unseres Schulwesens zu machen. Endlich bitte

ich dringend, Aeußerungen nicht zu thun, daß in den großen Städten die Volksschulen Vorschulen der Sozialdemokratie seien. Wäre das wahr, dann ständen wir vor einer unübersehbaren Gefahr, so daß wir bis in das Innerste erschrecken müßten. Mit solchen Worten wird den Lehrern ein bitterer, ungerechter Vorwurf gemacht, und es empfiehlt sich, derartige Schreckgespenster auch nicht einmal an die Wand zu malen (Beifall). Gewiß hat die Sozialdemokratie einen leichteren Boden da, wo bereits eine gewisse Stufe der Bildung erreicht ist, aber sollen wir darum die Bildung über den Haufen werfen? (Lebhafter Beifall). Gegen die Irrlehren der Sozialdemokratie muß das ganze Volk im Verein mit den Lehrern Front machen. Was die Seminare betrifft, so wird nach wie vor der Grundsatz maßgebend sein, daß die Lehrereife nur dem erteilt wird, der die sittliche Reife dazu hat (Beifall).

Abg. v. Strombeck (Ztr.) wünscht die Kontrolle des Landtages über die Verwendung kirchlicher Fonds. Nach der jetzigen Sachlage hätten diese Summen den Charakter von Dispositions-Fonds.

Geh. Rath Kögeler erwidert, daß, wenn das Haus es wünsche, im nächsten Etat die nöthigen Erläuterungen über die Verwendung der betreffenden Fonds gegeben werden würden.

Abg. Dr. Graf (Elberfeld, natl.) stellt sich auf den Standpunkt, welchen die Schulkonferenz eingenommen hat, und wendet sich gegen die in einer früheren Sitzung vom Abg. Virchow gemachten Aeußerungen, nach welchen der Gymnasialabituirent zum medizinischen Studium nicht viel taue. Damit stehe der Abgeordnete in einem Gegensatz zu Professor Helmholtz, der das Gegentheil behauptete. Vielleicht trage aber die Schuld an den Uebelständen nicht der Unterricht auf den Schulen, sondern auf der Universität. Die Aerzte hätten sich gegen die Zulassung der Realgymnasialabituirenten zum ärztlichen Studium nur ausgesprochen, um die bestehende Ueberfüllung nicht noch zu vergrößern. Die Thätigkeit der Siebenerkommission dürfe nicht mit Besorgniß angesehen werden, denn eine Schematisierung solle nicht eingeführt werden. Es sollen nicht bewährte Anstalten zu Grunde gerichtet, es solle nicht experimentirt, sondern in ruhiger Weise Versuche an den verschiedensten Anstalten vorgenommen werden.

Abg. Dr. Arendt (frk.) wendet sich gegen die Ausführungen und stimmt dem Minister darin bei, daß man für einzelne Mißstände nicht den ganzen Stand verantwortlich machen dürfe. Man dürfe sich nicht auf den Standpunkt des Prof. Treitschke stellen. Wenn das Volksschulgesetz, welches aber noch in vieler Beziehung veraltet und verbessert werden müsse, erlitten sei, so hoffe er auf Vorlegung eines Mittelschulgesetzes. Denn die Lage der Mittelschullehrer sei thatsächlich eine sehr schlechte. Eine Ungerechtigkeit des zurückgezogenen Volksschulgesetzes habe darin bestanden, daß betreffs der Alterszulagen ein Unterschied zwischen den Städten bis 10 000 und über 10 000 Einwohnern gemacht worden sei. Bezüglich des deutschen Unterrichts stimme er ganz den Ausführungen des Abg. Schmeller bei. Zur Hebung des nationalen Geistes werde es auch beitragen, wenn auf die möglichst vollständige Vermeidung aller Fremdwörter Gewicht gelegt würde. Was die Schulengute anbetreffe, so wirft ihr Redner eine partielle Auswahl der Mitglieder und die Nichtberücksichtigung der Männer des praktischen Lebens vor. Schulfragen seien keine pädagogische Fachfragen sondern gingen die ganze Nation an. Wären mehr Leute des praktischen Lebens gehört worden, das Resultat würde ein anderes gewesen sein. Das Berechtigungsmonopol der Gymnasien müsse gebrochen werden, und wenn dies einmal geschehen sei, so werde auch das Uebergewicht der Gymnasien verschwinden. Licht und Luft müsse zwischen realer und humanistischer Bildung gleich vertheilt werden. Es müsse das Vorurtheil beseitigt werden, daß die Gymnasialbildung zu einer höheren gesellschaftlichen Stellung berechtige. Das Berechtigungsmonopol müsse gesehentlich neu geregelt werden.

Abg. Dr. Propaschek (konj.) spricht sich gegen die Bildung eines eigenen Unterrichtsministeriums aus. Der Abg. Virchow habe sich mit Begeisterung für die moderne Schule ausgesprochen, hoffentlich werde er mit derselben Begeisterung dafür eintreten, daß die Universitäten aus ihrem Schlafe erwachen. Unsere modernen Schulreformer, die Nichtfachleute, verständen von der Sache ebenjowenig, wie die modernen Naturheilkünstler von der wissenschaftlichen Medizin. Nirgends sei der Versuch gemacht worden, das Realstudium als solches anzugreifen, aber ein Realgymnasium soll keinen lateinischen Unterricht haben, denn werde seine Wirksamkeit viel erfolgreicher sein. Die Schulkonferenz sei den richtigen Weg gegangen, und es müsse davor gewarnt werden, den Männern, die an der Konferenz mitgewirkt haben, Vorwürfe zu machen.

Abg. Dr. Langerhans (Dfr.) hält den Vergleich zwischen den modernen Schulreformatoren und den Heilfürsorgern nicht für zutreffend. Viele Schuldirektoren, also Fachleute, hätten sich im Sinne Virchow's ausgesprochen. Von einer Begeisterung Virchow's

könne nicht die Rede sein, denn dieser habe nur ruhig ausgeführt, daß er mit den Leistungen der Gymnasialabituirenten nicht recht zufrieden sei. Redner stellt sich ganz auf den Standpunkt des Abg. Virchow, von dem Herr Propaschek glauben möge, daß er sich den auf den Universitäten bestehenden Fehlern nicht verschleie. Das Realgymnasium habe den Vorzug, daß es der zur allgemeinen Bildung unbedingt gehörenden Naturwissenschaft mehr Raum gewähre als das Gymnasium. Man möge doch das Realgymnasium seine Konkurrenzfähigkeit mit dem Gymnasium erweisen lassen. Redner spricht sich darauf gegenüber dem Abg. Vohren gegen die Verdrängung von Religion und Aneignung von Kenntnissen aus. Die Bildung allein trage schon einen hohen sittlichen Werth in sich und habe einen hohen Einfluß auf die sittliche Entwicklung.

Abg. Dr. Wurmeling (Ztr.) erklärt es für bezeichnend, daß die Angriffe gegen die Schule und gegen die Lehrer, die er im allgemeinen nicht unterschreibe, von der Seite ausgegangen seien, die die Kulturkampfgesetzgebung unterstützt habe. Denn diese Gesetzgebung sei geeignet, diejenigen Zustände herbeizuführen, welche der Abg. Vohren so schwarz geschildert habe. Der Kirche müsse mehr Einwirkung auf die Schule zugestanden werden, aber noch immer herrsche leider in den unteren Ministerialorganen Mißtrauen gegen die katholische Kirche.

Abg. Vohren (frk.) bejammert, daß er dem Lehrstande im Allgemeinen habe Vorwürfe machen wollen. Er habe nur Vorschläge zur Hebung des Lehrstandes gemacht. Im Uebrigen habe er sich auf den Boden des kaiserlichen Erlasses vom 1. Mai 1889 gestellt.

Minister Graf Zedlitz-Trützschler erwidert, daß die Schulverwaltung ebenfalls auf dem Standpunkte der kaiserlichen Erlasse stehe. Nach allen Ausführungen über die Schulkonferenz scheine es, daß man auf mancher Seite die Protokolle und Beschlüsse dieser Konferenz nicht aufmerksam gelesen habe. Das die humanistischen Vertreter das Uebergewicht hätten, liegt an der natürlichen Entwicklung der Dinge, nach denen das Gymnasium eben eine höhere Bedeutung gewonnen hat. Aber bei einer wissenschaftlichen Konferenz kann doch niemals nach Zahlen gerechnet werden. Von allen Seiten ist freudig anerkannt worden, daß die Konferenz eine wünschenswerthe Klärung der einschlägigen Fragen gebracht habe. Daß das Wissen die Sittlichkeit befördere, kann Redner nicht zugestehen, im Gegentheil zeige die Geschichte, daß die größten Verbrecher meistens auch gebildete Leute waren. (Widerpruch links.)

Abg. Graf zu Limburg-Stirum (konj.) spricht sich gegen die Trennung des Kultusministeriums aus und wiederholt die bereits in der Kommission an die Regierung gerichtete Frage, welche Stellung der Siebenerkommission in der Erledigung der Schulfragen zugebracht sei. Redner tritt sodann für das Gymnasialmonopol ein.

Minister Graf Zedlitz-Trützschler erwidert auf die Frage des Vorredners, daß der Siebenerausschuß keine organische Einrichtung der Schulverwaltung ist, daß er keine eigene Verantwortung trägt. Er ist ein Organ, das auf Allerhöchste Anordnung gemeinsam mit dem Kultusminister die wichtigsten Schul-Angelegenheiten beräth. Die Entschliebung liege in der Instanz des Ministers. Die Mittel würden dem Dispositionsfonds entnommen.

Abg. Fürgensen (natl.) tritt den Ausführungen des Abgeordneten Johansen entgegen, dem er agitatorische Thätigkeit vorwirft.

Nach weiterer unerheblicher Debatte wird der Titel bewilligt, ebenso der Rest des Kapitels „Ministerium“ sowie debattirt das Kapitel „Evangelischer Kirchenrath.“

Bei dem Titel „Evangelische Konfessionen“ beantragt

Abg. Dr. Langerhans Ablehnung der von der Regierung aufgestellten Forderung, für Berlin zwei Generalsuperintendentenstellen im Hauptamt einzurichten, indem er es bei dem bisherigen Zustande lassen will, wonach die beiden Berliner Generalsuperintendenten im Nebenamt thätig waren.

Der Antrag Langerhans wird abgelehnt und das Kapitel unverändert angenommen.

Bei dem Kapitel „Bistümer“ befragt sich

Abg. Dr. v. Jazdzewski (Pole) darüber, daß von den polnischen Geistlichen der Gebrauch der deutschen Sprache als Geschäftssprache gefordert werde. Die Ertheilung des Religionsunterrichts durch den Geistlichen werde von der Erfüllung solcher Bedingungen abhängig gemacht, die auf den Geistlichen erniedrigend wirken müßten.

Minister Graf v. Zedlitz erwidert darauf, daß ein Widerspruch des Bisthofs gegen die Verfügung betreffend die Geschäftssprache nicht erfolgt sei. Die Frage hänge ja mit der Frage des Vorleses der Geistlichen in den Kirchenvorständen zusammen. Der Vorles solle aber nur gestattet werden, wenn die Rechte der evangelischen Minderheit gewahrt würden. Die Anschauung, daß dem Staat die Sprache nichts angehe, theile er nicht. Am allerwenigsten dürfe diese Frage in Polen außer Acht gelassen werden. — Die Schriftstücke, welche dem den Religionsunterricht erteilenden

vertreten war, neben ihm seine Rivalen Iffland mit einunddreißig und Schröder mit zweiundzwanzig, dann erst Goethe mit neunzehn, Schiller mit achtzehn — ja, daß Shakespeare während der ganzen sechsundzwanzig Jahre überhaupt nur achtundsiebzig Male über die Bretter ging, und dazu noch theilweise in den unmöglichsten Verbalhornungen. Denn so hart es klingt — es ist leider eine herbe Wahrheit: der feinsinnigste Dichter, der Begründer der Weltliteratur hat Shakespeare nie verstanden. Man braucht nur daran zu erinnern, daß er den ersten Akt des „Year“ für abgeschmackt erklärte. So darf man sich nicht wundern, daß Goethes rechte Hand in der Theaterleitung sein Schwager, der Rinaldino-Vulpius wurde, der die deutschen und ausländischen Stücke nach bestem Verstande für die Bühne bearbeitete.

In Goethes Brust wohnten zwei Seelen. Auf der einen Seite die lebendige Theilnahme für alle literarischen Bestrebungen und Versuche: ein, man möchte es fast naturwissenschaftliches Interesse nennen, das ihn bewog, oft selbst die unwürdigsten und für die deutsche Kunst nutzlosesten Versuche des Auslands auf die Bühne zu bringen — man lese Schillers herrliches Gedicht anlässlich der Aufführung des „Mahomet“ von Voltaire — und im Voraus lebensunfähige dramatische Mißgeburt mit dem Scheinleben des Lampenlichts anzustatten, so den unglücklichen Schlegelschen „Maros“, die Schicksalstragödien Zacharias Werners und die romantischen Märchenstücke Tiecks. Auf der anderen Seite aber war er von gewissen kleinlichen Eifersuchtsregungen nicht frei und hütete sich, Leute zu unterstützen, deren Talent nur entfernt an das seine heranreichte. So begreifen wir den Ausdruck der Freude in Heines Briefen, als dieser hörte, Goethe habe sich tadelnd über seine Gedichte ausgesprochen, denn Goethes Lob ward schließlich für einen jungen Dichter geradezu kompromittirend. Nicht ohne Absicht unterdrückte Goethe Heinrich v. Kleist vollständig und ruinirte ihm seinen „Verbrochenen Krug“ durch Zerstückung in drei Akte.

Ist daher auch Goethes Theaterleitung weit entfernt, den Namen einer idealen in literarischer Beziehung zu verdienen, so muß man doch andererseits berücksichtigen, daß am Weimarer Hoftheater damals die eigentlichen großen Meisterwerke Schillers zur ersten Darstellung gelangten, daß mit den „Piccolomini“ ein ganz neuer Stil der dramatischen Dichtung in Deutschland aufkam, daß Goethe sich selbst im Repertoire in keiner Weise in den Vordergrund drängte und Stücke wie die „Sphigene“ und den „Tasso“ fast widerwillig hergab, indem er selbst von ihrem Bühnenerfolg aufs Höchste überrascht ward, daß er die interessantesten Meisterwerke aller Zeiten und Länder, Lustspiele des Terenz, Tragödien Calderons auf seiner Bühne vereinigte, und so das Weimarer Hoftheater zum Vorbild für das kosmopolitische Repertoire der deutschen Bühne überhaupt machte, welches sie seitdem auszeichnete.

Eine völlig neue Epoche leitete aber das Weimarer Hoftheater unter Goethe in der Darstellungskunst ein. Hier bildete sich der weltberühmte, nach seinem Ursprungsort genannte „Weimarer Styl“ aus, als dessen eigentlicher Vater Goethe gelten muß. Er lehrte ihn seinen eigentlichen Jünglingen, vor Allem P. A. Wolf, Grüner und der Christiane Neumann, und diese trugen das Wesen der neuen Schule siegreich durch ganz Deutschland. Dieser Stil stand im bewußten Gegensatz zu dem bisherigen Realismus der Eckhof, Schröder und Iffland. Edle Schönheit war sein oberstes Grundgesetz, eine musikalische Deklamation und plastische Bewegungen, Stellungen, Gruppen, wie sie Goethe in seinen „Regeln für Schauspieler“ lehrte. Diese enthalten den Eingriff der Weimarer Kunst. Alles Häßliche war streng verboten, kein Schauspieler durfte dem Publikum den Rücken zuwenden oder die Hände in die Taschen stecken. Die Eigenarten der Schule arteten bald aus, besonders nach Goethes Tode, und so entstand jenes ohrenzerreißende Singen, jenes geckenhafte Posiren, woran heut noch neun Zehntel aller

deutschen Schauspieler leiden, und durch das der letzte Rest von Natürlichkeit und Wahrheit aus unseren Theatern hinausgetrieben wird. Aber man muß Goethe zugestehen, daß er sich nicht einseitig auf den von ihm herangebildeten Stil steifte, daß er auch der natürlichen Spielweise ihr Recht ließ und z. B. Ifflands Gastspiel am Weimarer Hoftheater zuließ, ja dafür sogar klassische Stücke einstudierte, die sonst nicht im Spielplan der Hofbühne lagen, wie „den Kaufmann von Venedig.“

Es ist genügend bekannt, wodurch Goethe zum Rücktritt von der Theaterleitung gezwungen ward. Hofkavalen, die schon längst den Boden unterwühlten, nahmen das Auftreten eines vierfüßigen Künstlers zum Vorwand seines Sturzes, und der größte Dichter der Welt, der selbst Napoleon imponirt hatte, mußte einem Pudel weichen. Nicht nur das Weimarer Hoftheater, nein, das deutsche Theater überhaupt war auf dem Hund gekommen, und erst die Bildung großer wirtschaftlicher Brennpunkte im Vaterlande verlieh ihm wieder einigen Aufschwung. Das Weimarer Hoftheater schleppte sich hin, zwischen Leben und Sterben und erlangte erst wieder einige Bedeutung, als Franz List von hier aus seinen unausgesetzten und endlich siegreichen Feldzug für Richard Wagner begann. Im Schauspieler blieb es ein kleines Hoftheater wie anderthalb Dutzend in Deutschland und hat nie mehr von sich reden gemacht. Getreulich bewahrt es noch heut die Ueberlieferungen der „klassischen Tage“; während draußen im Reich ein herber, lustiger Wind weht und von der Bühne die Worte ungezwungen ins Publikum rollen, fließen hier die Verse noch immer langsam, mit wohlbedachten Hebungen und Senkungen gleichathmig dahin, und nicht Menschendarsteller scheinen auf den weltbedeutenden Brettern zu agiren, sondern Bildhauermodele.

Wohlwollende Leute nennen das Pietät, aufrichtige haben einen anderen Namen dafür . . .

Geistlichen ausgehändigt wurden, enthielten nicht Bedingungen, sondern nur das Vertrauen, daß der betreffende Geistliche den Wünschen der Regierung nachkommen werde.

Abg. v. Jazdzewski erklärt sich durch diese Ausführungen nicht befriedigt und führt als Beweis für die feindliche Stellung der Regierung zu den polnischen Geistlichen eine Anweisung an, in welcher die Lehrer zur Denunziation gegen die Geistlichen aufgefordert werden.

Minister Graf Jedliß-Trübschler weist die Behauptung, daß eine solche Anweisung ergangen sei, als unrichtig zurück und führt im Uebrigen eingehend aus, daß die Regierung den Polen sehr entgegengekommen sei.

Abg. v. Jazdzewski glaubt, daß, wenn auch eine direkte Anweisung nicht ergangen sei, den Lehrern doch vielleicht nahe gelegt worden sei, gegen die Geistlichen im gegebenen Falle beim Kreisinspektor Anzeige zu erstatten.

Das Kapitel wird darauf bewilligt, ebenso das Kapitel „Katholische Geistliche und Kirchen.“

Die Abstimmung über die Forderung für einen altkatholischen Bischof bleibt zweifelhaft. Die Auszählung ergibt für die Forderung 35, gegen dieselbe 51 Stimmen. Das Haus ist somit beschlußunfähig.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr (Fortsetzung der heutigen Beratung). Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 7. Mai.

Die bereits im Auszuge gebrachte Rede des Kaisers im Gürzenich in Köln, über die jetzt ausführliche Berichte vorliegen, hatte hiernach keinerlei politischen Inhalt. Der Kaiser erwähnte der Bedeutung Kölns als Handelsstadt für die Verbreitung deutscher Erzeugnisse im Auslande und sprach dabei die Hoffnung aus, bald Englands Schiffe wie in alter Zeit vor den Thoren Kölns liegen zu sehen. Es sei ein altes und von ihm stets erhofftes Ziel gewesen, dereinst in dieser vornehmen Stadt auch ein Mal als deutscher Kaiser zu weilen. Auch erinnerte der Kaiser an die erhebenden Momente, als von derselben Stelle sein Vater begeisterte Worte an die Versammlung richtete. Dergleichen poetische, begeisterte Worte ständen ihm nicht so zur Verfügung wie seinem Vater.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht jetzt einen Wortlaut der Kaiserrede in Düsseldorf, welcher übereinstimmt mit dem am Tage vorher von dem Wolffschen Telegraphenbureau verbreiteten Wortlaut. Der Satz: „Einer ist Herr im Reich, und das bin ich, keinen anderen dulde ich“ ist also aus dem Text fortgeblieben, obwohl er übereinstimmend in der Presse des Niederrheins berichtet worden ist. Ebenso ist bei der Erwähnung der Gesetzesvorlagen die Berufung auf die Gutheißung durch „die überwältigende Mehrheit der ganzen Volksvertretung“ fortgeblieben.

Die Schwester des Kaisers, Gemahlin des Prinzen von Schaumburg-Lippe, wurde, wie aus Bonn telegraphiert wird, gestern bei einer Spazierfahrt aus dem Wagen geschleudert. Der Wagen schlug um, die Prinzessin bestieg anscheinend unverletzt wieder den Wagen.

Die Landgemeindeordnung im Ganzen ist in der Herrenhauskommission mit allen gegen 1 Stimme angenommen worden.

Bonn, 6. Mai. Bei der Uebung auf dem Exerzierplatze manövierte das Bataillon des 28. Infanterie-Regiments und das Husaren-Regiment gegen einander. Dann erfolgte der Parade-marsch vor dem Kaiser, der hierauf in die Stadt zurücktritt. — Prinz Wolf zu Schaumburg-Lippe ist zum Chef der ersten Schwadron des Bonner Husaren-Regiments, General v. Loß, Kommandeur des 8. Ulanenregiments, à la suite desselben gestellt.

Bonn, 6. Mai. An Ordensauszeichnungen hat der Kaiser u. a. dem Kurator der Universität Dr. Gandner den Rothen Adlerorden 2. Kl., dem Anthropologen Prof. Schaaffhausen den Rothen Adlerorden 4. Kl. und dem Geheimrath Börsch den Kronenorden 3. Kl. verliehen.

Bonn, 6. Mai. Der Kaiser erschien gestern Abend auf dem Korpssabing der „Borussia“. Heute Morgen 7 Uhr wurde die Garnison alarmirt. Der Kaiser begab sich zu Pferde durch die Stadt nach der Sternthor-Kaserne und von dort nach dem Exerzierplatz am Tannenbusch.

Bonn, 7. Mai. Wie die „Bonner Zeitung“ in einem Mittagsausgegebenen Extrablatt meldet, erschien der Kaiser gestern Abend 9 Uhr im Dreikaiserthale des „Kölner Hofes“, um dem Austritts-kommers der Korpsstudenten beizuwohnen. Der Kaiser übernahm das Präsidium und kommandirte den ersten Salamander auf die Bonner Korps. Nach einer Ansprache des Vertreters des Köfener S. C., Dr. Moldenhauer, erwiderte der Kaiser etwa Folgendes:

Der Herr Vorredner hat soeben als Vertreter des Köfener S. C. Worte des Dankes an mich gerichtet und die dabei ausgesprochenen Gefinnungen veranlassen mich, dem gesammten S. C. Dank zu sagen. Ich sehe in jenen Worten die alten Gefinnungen des Bonner S. C. bestätigt, wie sie noch jetzt in ihrem Herzen bestehen, und sehe, daß noch jetzt ebenso wie bisher über die Zwecke und Ziele der deutschen Korps gedacht wird. Es ist meine feste Ueberzeugung, daß jeder junge Mann, der eintritt in ein Korps, durch den Geist, welcher in demselben herrscht, und mit diesem seine wahre Richtung für das Leben erhält, denn es ist die beste Erziehung, die ein junger Mann für sein späteres Leben bekommt, und wer über die deutschen Korps spottet, der kennt ihre wahren Tendenzen nicht. Wer aber Korpsstudent wie ich gewesen ist, weiß das am besten. Ich danke dem S. C. für seine Theilnahme an dem mir dargebrachten Fadelzuge und freue mich, daß durch denselben die guten Beziehungen der gesammten Studentenschaft wieder hergestellt sind. Ich hoffe, daß es so bleiben wird, denn die Einmütigkeit ist ein Gewinn für die ganze Universität und wird auch ein Gewinn für den gesammten S. C. der deutschen Universitäten sein. Ich hoffe, daß, so lange es deutsche Korpsstudenten giebt, der Geist, wie er im Korps gepflegt, und durch den Kraft und Muth gestiftet wird, erhalten bleibt und daß Sie freudig den Schläger führen werden.“ Der Kaiser erwähnte sodann die Studentenmensuren und fuhr etwa also fort: „Wie im Mittelalter durch die Turniere der Muth und die Kraft gestiftet wurden, so wird auch durch den Geist und das Leben im Korps der Grad von Festigkeit erworben, der später im großen Leben nöthig ist und der bestehen wird, so lange es deutsche Universitäten giebt. Sie haben auch meines Sohnes heute gedacht, dafür danke ich Ihnen von Herzen. Ich hoffe, daß derselbe, wenn er soweit gediehen ist, bei dem hiesigen S. C. eintreten und dieselben freundlichen Gefinnungen wiederfinden wird, wie ich sie hier gefunden habe. Und nun, meine Herren, noch ein Wort, besonders an die Jüngeren, die im ersten Semester zum ersten Male sich anschicken, den Geist der Korps zu pflegen. Stählen Sie

Ihren Muth und Ihre Disziplin in dem Gehorsam, ohne den viele Staatsleben nicht bestehen kann. Ich hoffe, daß dereinst viele Beamte und Offiziere aus Ihrem Kreise hervorgehen. Wie viele bedeutende Herren haben wir hier unter uns sitzen, Gelehrte, Beamte, Offiziere und Kaufleute! Ich hoffe, daß der Geist der Einheit des Köfener S. C. im Bonner S. C. weiter leben wird, und daß dies auch an allen anderen Universitäten der Fall sein möge. Und nun erhebe ich mein Glas und trinke auf das Wohl des Bonner S. C. und der gesammten Korps. Sie leben hoch! hoch! hoch!“

Später richtete der Kaiser das Wort an die alten Herren, welche das Fest durch ihr Erscheinen verschönert hätten; und kommandirte einen Salamander auf die alten Herren. Auf die Kaiserin wurde ein vom Kammerpräsidenten a. D. Schorn gesprochenes und begeistert aufgenommenes Hoch ausgebracht. Beim „Semestrieren“ trank der Kaiser, welcher 28 Semester zählt, auf den Bonner S. C. Um 1 1/2 Uhr begann der „Landesvater“. Bald nach 12 Uhr verließ der Kaiser den Festsaal und fuhr mit dem Prinzen von Schaumburg-Lippe nach der Villa Löschig zurück.

Bonn, 7. Mai. Der Großherzog von Luxemburg ist heute Vormittag 10 1/2 Uhr zum Besuch bei dem Kaiser Wilhelm eingetroffen.

Mech, 7. Mai. Heute früh wurde der Oberstleutnant Prager vom Sächs. Fußartill.-Regt. Nr. 12 ermordet im Bette vorgefunden. Der Ermordete zeigte eine tiefe bis auf das Rückgrat gehende Schnittwunde am Halse, neben ihm im Bette fand sich ein abgebrochener Hammer vor. Offenbar ist der Offizier, ein Junggeheile, in der Nacht überfallen, und nach einiger Gegenwehr durch Hammerschläge auf den Kopf betäubt und dann durch den Schnitt in die Kehle getödtet worden. Die gerichtliche Untersuchung ist sofort eröffnet, die Thäter sind unbekannt, die Umstände lassen auf einen Raubmord schließen.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 7. Mai. S. M. Kanonenboot „Hyäne“, Kommandant Kapitän-Lieutenant Plachte, beabsichtigt am 8. Mai cr. von Sierra Leone nach Kamerun in See zu gehen.

Reichenberg, 7. Mai. Wie die „Reichenberger Zeitung“ aus verlässlicher Quelle wissen will, werden in dem neuen deutsch-österreichischen Handelsvertrage die Zollsätze für Tuch keine Aenderung erleiden.

Wien, 7. Mai. Die Buchdrucker und Schriftgießer beschlossen in einer heute stattgehabten, von etwa 2000 Personen besuchten Versammlung mit großer Majorität, den allgemeinen Buchdruckerstreik sofort zu erklären. Dieselben fordern eine Reduzirung der Arbeitszeit von 9 1/2 auf 9 Stunden, die Aufhebung der 14tägigen Kündigungsfrist und die Einschränkung der Ueberstundenarbeit. Die Zeitungssetzer sind nicht ausständig.

Paris, 7. Mai. Der Präsident Carnot hat sich heute Vormittag nach Orleans begeben, um an der dort stattfindenden Jeanne d'Arc-Feier theilzunehmen.

Paris, 7. Mai. Der Ministerrath beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung auch mit der Frage der Amnestie der anlässlich der Vorgänge am 1. Mai Verurtheilten, verschob jedoch die Beschlussfassung auf morgen. Das Kabinett soll, dem Vernehmen nach, gewillt sein, alle wegen Streiks, Widerstandes gegen die Polizei und Beleidigung der letzteren Verurtheilten zu amnestiren, diejenigen dagegen, welche gelegentlich der Kundgebungen am 1. Mai qualifizierte Verbrechen begingen, von der Amnestie auszuschließen.

Die Volkszählung in Lyon ergab 430 322 Einwohner gegen 401 930 im Jahre 1886.

Paris, 7. Mai. Der Municipalrath nahm nach einer lebhaften Debatte über die Haltung der Polizei am 1. Mai mit 37 gegen 3 Stimmen eine Tagesordnung an, welche sich gegen das vom Minister des Innern den Forderungen der Arbeiter gegenüber befolgte Präventivsystem sowie zu Gunsten einer Amnestie und für ein Gesetz betreffend das Recht zur Veranstaltung von Kundgebungen ausdrückt und ein Tadelsvotum gegen den Polizeipräsidenten enthält. Für die Familien der Opfer von Journies wurden 10 000 Frs. bewilligt, zugleich wurde eine Resolution zu Gunsten einer den Familienangehörigen der Getödteten zu gewährenden Pension und wegen der Erhaltung ihrer Kinder auf Staatskosten angenommen.

Paris, 7. Mai. Dem Vernehmen nach hat sich die Majorität des Kriegsraths für die Pläne des Generals Gillon ausgesprochen, nach welchen die bisherigen Befestigungen der Stadt Paris durch eine Fortifikationslinie ersetzt werden sollen, welche das Bois de Boulogne, Longchamps und die Ortschaften Suresnes, Puteaux, Courbevoie, Asnières, Neuilly, Levallois und Clichy einschließen wird. Die Kosten der Umwandlung, welche auf circa 150 Millionen Francs geschätzt werden, dürften durch den Verkauf der Grundstücke der bisherigen Ringmauer vollständig gedeckt werden.

Paris, 7. Mai. Der Marineminister Barbey bestätigte in der heutigen Sitzung des Ministerrathes, daß in der vergangenen Nacht während eines von der Norddivision der Panzerflotte ausgeführten Angriffsmanövers gegen Cherbourg das Torpedoboot „Edmond Fontaine“ von dem elektrischen Licht des Kriegsschiffes „Surcouf“ geblendet, durch einen Kreuzer angerannt worden sei. Das Torpedoboot sei dann über seichte Stellen in die Nähe der Hafeneinfahrt geschleppt worden. Die Hebung werde voraussichtlich ohne Schwierigkeiten erfolgen. Bei dem Unfall habe ein Quartiermeister den Tod in den Wellen gefunden.

Paris, 7. Mai. Die Zollkommission beschloß nach Anhörung des Ackerbauministers Develle mit 15 gegen 9 Stimmen, den Eingangszoll auf Getreide auf 3 Francs zu ermäßigen und zwar für ein Jahr von dem Zeitpunkt ab, wo dies darauf bezügliche von der Kammer zu beschließende Gesetz veröffentlicht ist. Die Zollkommission beschloß ferner, daß der Eingangszoll für Mehl auf 6 Frs. herabgesetzt werden solle.

Brüssel, 7. Mai. Der Kriegsminister hat zwei Klassen der Miliz, welche mit unbeschränktem Urlaub entlassen waren, einberufen.

Brüssel, 7. Mai. Die städtischen Behörden haben Ordre erhalten, sich auf die Einberufung von 2 Klassen Miliztruppen vorzubereiten.

Die Behörden von Lüttich haben um Verstärkung der Truppen gebeten.

Brüssel, 7. Mai. Nach einer Meldung aus Baug-sous-Chevremont hatten gestern gegen 50 Streikende zwei Gendarmen, welche die Kohlengrube „Fond Pigueux“ bewachten, mit Steinwürfen angegriffen. Die Gendarmen machten darauf von der Feuerwaffe Gebrauch, wobei zwei Angreifer verwundet wurden. Mit Hülfe eingetroffener Verstärkungen gelang es den Gendarmen, die Angreifer zu zerstreuen. In dem Gehölz von Esneux legten die Ausständigen Feuer an, wodurch ein Theil des Gehölzes zerstört wurde. — Die Arbeiten bei den Forts in der Umgegend von Lüttich werden von Militär bewacht. — Nach den bis jetzt hier vorliegenden Nachrichten herrscht in den Bassins des Zentrums, im Borinage sowie in denjenigen von Charleroi und Lüttich heute vollkommene Ruhe.

Brüssel, 7. Mai. Eine Drahtmeldung aus La Louvière im Zentralbecken besagt, daß in den Kohlenruben Houssu und Lacroyde ein allgemeiner, in Cars-Longchamps, Haine, Saint-Pierre und Bastoup ein partieller Ausstand ausgebrochen sei. Man befürchtet für Freitag den Generalstreik im gesammten Zentralbassin, welcher von mehreren großen Versammlungen im dortigen Revier beschlossen wurde. In den Becken von Charleroi und Mons ist die Lage die gleiche, wenn auch in Gilly und Junet eine theilweise Wiederaufnahme der Arbeit zu verzeichnen war. Die Ruhe ist nirgends gestört. Dagegen hat in dieser Nacht auch in Chateleineau im Hennegau ein Dynamitattentat gegen das Haus eines nicht ausständigen Arbeiters stattgefunden. Der dadurch angerichtete Schaden ist nicht beträchtlich. Der Urheber wurde verhaftet.

Konstantinopel, 7. Mai. Der „Agence de Constantinople“ zufolge wird der zwischen der Pforte und dem russischen Botschafter Melidow wegen des russischen Schiffes „Kostroma“ erfolgte Ausgleich demnächst durch einen Notenaustausch bekräftigt werden, in welchem die Pforte zugestimmt, daß künftighin unter Handelsflagge fahrende Schiffe der russischen Kreuzerflotte ungehindert die Meerengen passieren können. Falls die Schiffe Soldaten und Kriegsmaterial führen, wird die russische Regierung die Pforte hiervon verständigen. Die Haltung des Kommandanten von Rawak wird als auf Mißverständniß beruhend aufgefaßt. Die Frage der Entschädigung soll zwischen der Pforte und der Kreuzergesellschaft direkt geregelt werden.

Newyork, 5. Mai. Heute fand die erste Inspektion der Eingewanderten gemäß den neuen Verordnungen auf dem Dock, wo der aus Glasgow eingetroffene Dampfer „Devonia“ die Reisenden gelandet hatte, statt. 802 Personen, einschließlich der Reisenden zweiter Klasse wurden einer Untersuchung unterzogen. Diejenigen, welche von den Beamten als nicht geeignet befunden waren, wurden auf den Dampfer zurückgeschickt. Für jeden nicht in das Register eingetragenen Einwanderer, dem der Kapitän die Landung gestattet, muß der letztere eine Strafe von 300 Dollars zahlen.

Newyork, 7. Mai. Nach einer, bisher anderweit nicht bestätigten, Depesche aus Panama wäre in Costarica eine Revolution ausgebrochen, der Präsident Rodriguez hätte infolge dessen eine Proklamation erlassen, durch welche die verfassungsmäßig verbürgte Freiheit der Person aufgehoben werde.

Newyork, 7. Mai. Gestern Abend und heute früh fanden auf zwei verschiedenen Bauholz-Lagerplätzen in Long-Island City zwei große Feuersbrünste statt. Der durch das Feuer am gestrigen Abend angerichtete Schaden wird auf eine Million Dollars geschätzt, der von dem heute früh ausgebrochenen Feuer verursachte Schaden ist noch nicht abgeschätzt, da das Feuer noch nicht vollständig gelöscht ist.

Washington, 7. Mai. Dem Vernehmen nach hat der Unionsgesandte Porten in Rom ein bereits vor dem Eintritt der Vorgänge in New-Orleans eingereichtes Urlaubs-gesuch mit Rücksicht auf die in Rom nunmehr eintretende ungesunde Jahreszeit wiederholt und wird dasselbe voraussichtlich bewilligt erhalten. Der Urlaub wäre dem Gesandten, der seinen Posten seit zwei Jahren nicht verlassen hat, schon früher bewilligt worden, wenn der Zwischenfall von New-Orleans nicht eingetreten wäre und zu den Differenzen der Union mit Italien Anlaß gegeben hätte.

Buenos-Ayres, 7. Mai. Aus Chile wird berichtet, daß zwischen den Parteiführern des Kongresses und dem Präsidenten Balmaceda Verhandlungen angeknüpft sind.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am	6. Mai	Mittags	1,70 Meter.
„	7.	Morgens	1,64 „
„	8.	Morgens	1,56 „

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Kurze.

Breslau, 6. Mai. Schwach. 3 1/2 %ige L.-Pfandbriefe 97,55, 4 %ige ungarische Goldrente 90,90, Konsolidirte Türken 18,60, Türkische Loose 75,00, Breslauer Diskontobank 104,40, Breslauer Wechselbank 102,75, Schlesischer Bankverein 118,25, Kreditaktien 162,75, Donnersmarthütte 82,25, Oberschles. Eisenbahn 68,00, Oppelner Zement 93,00, Kramsta 128,00, Laurahütte 126,25, Verein. Oelfabr. 106,50, Oesterreichische Banknoten 173,70, Russische Banknoten 241,00. Schlef. Zinkaktien 192,00, Oberschles. Portland-Zement 109,00, Archimedes —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb 122,75, Flöther Maschinenbau 108,25, 4 %ige Obligationen der Oberschlesischen Eisen-Industrie-Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb in Gleiwitz 101,25, Schlefische Dampfschiff-Kompagnie 108,00, Neue 3proz. Reichsanleihe 85,30. Buenos-Ayres, 5. Mai. Goldagio 264,00.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von B. Deder & Comp. (A. Köstel) in Bosen.